



Moin!

Sonntag haben die Hamburgerinnen und Hamburger Ihre Bürgerschaft gewählt. Der CDU-Bürgermeister Ole von Beust hat die absolute Mehrheit verloren. Wir Sozialdemokraten haben in der Hansestadt mit den richtigen Themen wieder aufgeholt. Ich möchte dem Hamburger SPD-Spitzenkandidaten Michael Naumann zu dem guten Ergebnis herzlich gratulieren. Mit Bildung, sozialer Gerechtigkeit und der Forderung nach Teilhabe aller am Wohlstand hat die Hamburger SPD die richtigen Schwerpunkte im Wahlkampf gesetzt.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

GARRELT DUIN, MdB

Nokia: Schwerwiegende Fehler des Managements

In seiner Rede am Freitag zum Thema „Fördergelder nur als Unternehmensbeteiligung“ auf Antrag der Linken kritisierte Garrelt Duin das Vorgehen des Nokia-Managements im Fall Bochum:

„Hektische Standortschließungen wie die in Bochum weisen vor allen Dingen auf eines hin, nämlich auf schwerwiegende Managementfehler. Ein leistungsstarkes Management stellt sich rechtzeitig auf Veränderungen ein, bringt Umstrukturierungen voran und wartet nicht bis zur letzten Minute, um eine Werksschließung bekanntzugeben. Diese zu verkünden, ohne gemeinsam mit den Beschäftig-



Garrelt Duin sprach im Deutschen Bundestag.

ten auch nur den Versuch zu strukturierungswegen zu unternehmen, den Standort fortzuentwickeln und nach Re-

unwürdig.“

Verbunden mit dem Wissen um das Unternehmensergebnis des letzten Jahres – ein Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro und eine Rendite von über 20 Prozent – sei das Verhalten der Konzernleitung gegenüber den Beschäftigten und der gesamten Region vollkommen unverantwortlich, bekräftigt Duin seine Kritik Richtung Nokia-Führung. „Den Gewinn, den das Unternehmen gemacht hat, haben die Beschäftigten erarbeitet. Das ist der erste wichtige Faktor. Der zweite ist: Diesen Gewinn haben die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlt.“

„Das ist fast zum Lachen, wenn es nicht so bitter wäre“

Am vergangenen Donnerstag sprach Garrelt Duin in der Aktuellen Stunde zum Thema: „Möglichkeiten von Mitgliedern der Deutschen Kommunistischen Parteien, über offene Listen der Partei ‚Die Linke‘ in Parlamenten Mandate zu erlangen und die damit verbundenen Auswirkungen“: „Dafür, dass ein DKP-Mitglied in einem Landtag sitzt, trägt einzig und allein die Linkspartei und niemand sonst die Verantwortung. Wir müssen das auf den Punkt bringen: Die Linkspartei hat unter ihrer Flagge Leute wie Frau Wegner mitsegeln lassen.“

Klar sprach Duin dem Landesvorsitzenden der niedersächsischen Linken, Dieter Dehm,

jegliches ernsthaftes Interesse an der Aufarbeitung der Zusammenarbeit von Linkspartei und DKP ab. Duin machte deutlich, dass es nicht nur um die DKP gehe, sondern auch um große Teile der Linkspartei: „Die sogenannte antikapitalistische Linke, eine Gruppe innerhalb der Linkspartei, der Bundestagsabgeordnete wie Frau Höger, Frau Hirsch und Frau Jelpke angehören, hat erst vor kurzem einen Aufruf zu den Wahlen in Hessen und Hamburg verabschiedet, in dem steht, Erfolg für die Linkspartei sei gerade auch der Solidarität der DKP zu verdanken, und dieser Weg müsse solidarisch fortgeführt werden. Das ist nicht Zitat DKP; das ist Linkspartei

original.“

Duin kritisierte seinen Vorredner der Linken, Ulrich Maurer, scharf: „Herr Maurer, Sie haben hier gesagt, die Linkspartei sei seit Jahren, fast schon seit Jahrzehnten ganz intensiv dabei, die Geschichte aufzuarbeiten. Das ist fast zum Lachen, wenn es nicht so bitter wäre. Herr Modrow hat im Jahr 2006 noch einmal zum Besten gegeben, dass die Verantwortung für die Toten an der Mauer die Verantwortlichen auf beiden Seiten zu tragen hätten. Empfinden Sie das als Aufarbeitung? Frau Sahra Wagenknecht, nicht irgendwer in Ihrer Partei, Mitglied des Europäischen Parlaments, spricht bis heute davon,

dass die Mauer ein notwendiges Übel gewesen sei. Denken Sie, das ist Aufarbeitung der Geschichte? Nein, davon sind Sie leider noch weit entfernt. Wir sind anlässlich dieser Debatte wirklich an dem Punkt, an dem es wieder um die Frage gehen muss, welches Verständnis Sie als Linkspartei insgesamt mit Ihren diversen Mitgliedern, die ich gerade zitiert habe, gegenüber der Demokratie haben. Diese Frage können aber nicht wir beantworten; die müssen Sie beantworten. Ich bin davon überzeugt, dass die Linkspartei so lange nicht in der Lage sein wird, etwa in Koalitionen einzutreten, solange sie diese Aufarbeitung nicht geleistet hat.“

Neue Zielsetzungen in der Energiepolitik

Am Donnerstag wurden in 1. Lesung die Regierungsentwürfe eines „Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich und zur Änderung damit zusammenhängender Vorschriften“, eines „Erneuerbaren-Energi-Wärmegesetzes“ sowie eines „Achten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“ beraten.

Durch das neue Erneuerbare-Energiengesetz (EEG) soll das geltende Gesetz abgelöst werden. Die Umsetzung eines neuen, verbesserten EEG ist eine der 14 Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP). Sie soll dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 25-30 Prozent zu erhöhen.

Bis Mitte des Jahrhunderts sollen erneuerbare Energien rund die Hälfte des Energieverbrauchs decken. Um die genannten langfristigen Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen, ist es wichtig, dass sie mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig werden. Denn nur, wenn sich erneuerbare Energien ohne finanzielle Förderung auf dem



Bis Mitte des Jahrhunderts sollen erneuerbare Energien rund die Hälfte des Energieverbrauchs decken.

Markt behaupten, können sie den Neuregelungen des EEG auf Dauer eine tragende Rolle im Energiemarkt spielen. Zu

die Verbesserung der Bedingungen für die Offshore-Windkraft.

Auch der Entwurf eines Erneuerbaren-Energie-Wärmegesetzes (EEWärmeG) ist Teil des IEKP. Obwohl im Wärmesektor große Potenziale liegen, fehlt hier bislang ein Instrument, das ähnlich erfolgreich wie das EEG im Stromsektor ist und den dynamischen Ausbau erneuerbarer Energien im Bereich der Wärmezeugung bewirkt. Das EEWärmeG soll fossile Brennstoffe einsparen und den Ausstoß schädlicher Treibhausgase erheblich verringern. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Versorgungssicherheit in Deutschland. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung soll bis 2020 auf 14 Prozent steigen. Hierzu wird das Förderprogramm im Gebäudebestand aufgestockt.

Damit die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung erreicht werden können, soll der weitere Ausbau der Biokraftstoffe ab dem Jahr 2015 stärker als bisher auf die Minderung von Treibhausgasemissionen ausgerichtet werden. Dafür ist eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes notwendig.

Volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit nur mit Mindestlohn

In der letzten Sitzungswoche fand ein Gespräch zwischen der Landesgruppe Niedersachsen und den niedersächsischen SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Erika Mann und Matthias Grooten, statt. Thema war u. a. die Beschränkungen der Arbeitnehmer-Freizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit für Bürgerinnen und Bürger aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten. Bis spätestens April 2009 muss die Bundesregierung über die Öffnung des Arbeitsmarkts entscheiden.

Die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten for-

dern die Bundesregierung auf, die Arbeitsmarktbeschränkungen nur dann aufzuheben, wenn zuvor effektive Regelungen gegen Lohndumping getroffen wurden. Dazu müssen zünftig weitere Branchen ins Entsendegesetz aufgenommen und Mindestlöhne, wo nötig und gemäß der Koalitionsab-sprache, über das Mindestarbeitsbedingungsgesetz festgelegt werden. Darüber hinaus plädieren die Abgeordneten für einen generellen gesetzlichen Mindestlohn.

Die Abgeordneten beider Parlamente sind sich einig: „Eine Öffnung unseres Arbeitsmarktes

ohne Mindestlöhne kann und darf es nicht geben. Das wäre unverantwortlich, nicht nur gegenüber den Beschäftigten, sondern auch gegenüber den 3,7 Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Für deutsche und nicht-deutsche Arbeitnehmer müssen gleiche Sozial- und Lohnstandards gelten. Wer hier nicht mit Mindestlöhnen vorsorgt, nimmt bewusst eine Lohnabwärtsspirale in Kauf. Am besten sei ein genereller gesetzlicher Mindestlohn. „Das ist das wirksamste Instrument um sicherzustellen, dass ausländische Arbeitnehmer nicht zu schlechteren Bedingungen ar-

beiten als deutsche Beschäftigte.“

Spätestens 2011 laufen der Arbeitsmarktbeschränkungen für die 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten definitiv aus. Bereits zuvor wird die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland greifen, die bis 2010 in deutsches Recht umgesetzt sein muss. Diese Richtlinie wird es ausländischen Unternehmen erleichtern, ihre Beschäftigten zeitweise nach Deutschland zu entsenden. Deutsche Tariflöhne gelten für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht automatisch.

Sozialtarife in der Strom und Gasversorgung

Angeichts steigender Preise in der Strom- und Gasversorgung ist es dringend notwendig, einen Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte einzuführen. Die Forderung des Bundesumweltministers, die dieser in seiner Regierungserklärung aufgestellt hat, ist daher berechtigt und sollte zügig umgesetzt werden.

Es sollte klar sein, dass es sich bei den Sozialtarifen nicht um eine Hilfestellung aus öffentlichen Haushalten handelt. Ein Teil der Energieversorger denkt bereits über Modelle nach, wie soziale Härtefälle vermieden werden können. E.ON hat nach einer Modellphase in Bayern in mehreren Versorgungsgebieten Sozialtarif-Kontingente für bedürftige Haushalte eingeführt.

Diese Ansätze müssen aufgegriffen und auf ganz Deutschland ausgeweitet werden. Die Europäische Kommission hatte in der Elektrizitäts- und der Erdgasrichtlinie von 2003 bereits Vorkehrungen zugunsten sogenannter schutzbedürftiger Kunden vorgeschrieben und das Konzept einer Grundversorgung mit Strom aufgenommen. Dennoch bemängelte sie Anfang 2007 in einem Bericht zu Aussichten für den Erdgas- und den Elektrizitätsbinnenmarkt, dass die wenigsten Mitgliedstaaten entsprechende Maßnahmen ergriffen hätten. In einem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion wird die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich mit der Energieindustrie in Verhandlungen über die Einführung eines - möglicherweise deutschlandweit und einheitlichen - Sozialtarifs zu treten.

Tourismus in Deutschland – ein Wachstumsmotor

Am 22. Februar hat der Deutsche Bundestag die Unterrichtung der Bundesregierung „Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung der 16. Legislaturperiode“ beraten. In diesem Rahmen wurden auch die Anträge der Koalitionsfraktionen „Zukunftstrends und Qualitätsanforderungen im internationalen Ferntourismus“ sowie „Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Deutschland voranbringen“ beschlossen.

In Deutschland ist der Tourismus eine Wachstumsbranche: 2006 erzielte Deutschland knapp 352 Millionen Übernachtungen aus dem In- und Ausland, 2007 konnte diese Zahl sogar auf 360 Millionen gesteigert werden. Die Deutschen sind nach wie vor Reiseweltmeister. Und sowohl die Deutschen selbst als auch die Ausländer entdecken zunehmend den Reiz des Reiselandes Deutschland.

Eine aktive Tourismuspolitik, die das Ansehen Deutschlands als Reiseland steigert und die Rahmenbedingungen für die Tourismusbranche stärkt, gehört zu den zentralen Aufgaben des Beauftragten der Bundesregierung für Tourismus. Die Vermarktung des Reiselandes Deutschland wird deshalb weiterhin eine Schwerpunktaufga-



Wachstums-Branche Tourismus: Ostfriesland gehört zu den beliebtesten Reisezielen in Deutschland.

be der Tourismuspolitik der Bundesregierung sein.

Deutschland ist als Tourismusland attraktiv, muss aber auch weiterhin an sich arbeiten, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die Globalisierung, die Entwicklung neuer Märkte, der Klimawandel und der demographische Wan-

del sowie veränderte Kundenwünsche verlangen der Tourismusbranche noch mehr Offenheit und Flexibilität ab.

In ihrem Antrag „Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Deutschland voranbringen“ richten CDU/CSU und SPD 19 Forderungen an die Bundesregierung, um den Kreuzfahrt-

und Fährtourismus in Deutschland zu stärken. Unter anderem soll die Regierung die Anbindung der Häfen sowohl von der Land- als auch von der Seeseite her verbessern und mit deutschen Reedereien und Kreuzfahrtveranstaltern darüber verhandeln, wie sich der Anteil der Kreuzfahrtschiffe unter deutscher Flagge erhöhen lässt.

Termine

- **Dienstag, 26.02.2008**
Konstituierung des Niedersächsischen Landtages in Hannover
- **Mittwoch, 27.02.2008**
Vorstandssitzung des SPD Unterbezirks Osnabrück-Stadt
- **Donnerstag, 28.02.2008**
Sitzung mit den Geschäftsführern des SPD Bezirks Weser-Ems in Oldenburg

Präsidium des SPD Unterbezirks Aurich

UB-Vorstand Aurich

- **Freitag, 29.02.2008 und Sonnabend, 01.03.2008**
Klausurtagung des Vorstandes des SPD Bezirks Weser-Ems
- **Montag, 03.03. bis 07.03.2008**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages



Spruch der Woche

„John Rambo!“

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de



Am vergangenen Montag fand das „51. Deftig Ollnborger Gröönkohl-Äten“ in der Niedersächsischen Landesvertretung statt: Frank-Walter Steinmeier und Garrelt Duin hat es geschmeckt.

Politischer Aschermittwoch: Blick nach vorne!

Zum mittlerweile traditionellen Politischen Aschermittwoch der Ostfriesischen SPD kamen gut 300 Genossinnen und Genossen aus ganz Ostfriesland in den Emdener „Friesenkrug“

Im Mittelpunkt der Ansprache von Garrelt Duin standen die Analyse der Landtagswahlen und gleichsam ein klarer Blick nach vorne für die ostfriesische SPD: „Nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern jetzt erst recht - ist die Devise. Ostfriesland muss wieder die sozialdemokratische Hochburg werden, die es früher einmal war.“ Großes Lob ging an alle Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen, die für ihre Kandidatinnen und Kandidaten und für die sozialen Zielsetzungen der SPD gekämpft ha-



Blick nach vorne für die ostfriesische SPD: Garrelt Duin auf dem politischen Aschermittwoch

ben.

„Wir müssen unser Angebot überprüfen und erweitern. Wir müssen auch für die Menschen Antworten haben, die nicht vom Mindestlohn, Hartz IV oder Arbeitslosigkeit betroffen sind“, so Duin. „Zum Beispiel die sofor-

tige Wiedereinführung der Bürgerversicherung müssen wir uns einsetzen. Nächstes Jahr 2009 stehen die Bundestags- und Europawahlen an. Wir können selbstbewusst und zuversichtlich sein, denn die Sozialdemokraten stehen für soziale Kompetenz und Gerechtigkeit“, so Duin weiter.